

„Demokratie, Parlament“ ist im U-Ausschuss-Raum ganz groß zu lesen



Wie sich der U-Ausschuss selbst abschafft

Parlament. ÖVP und FPÖ streiten, ob Akten aus Innenministerium geliefert werden dürfen. Herbert Kickl schwänzt Befragten wegen Urlaubs. Auskunftspersonen geben keine Antworten

VON MARTIN GEBHART

Seit der Wiedereröffnung des Parlaments am Ring stürmen Besucher dieses Hohe Haus der Demokratie. Gezeigt wird ihnen auch jener Raum, in dem die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse tagen. Mit dem Hinweis, dass diese nur der Nationalrat einsetzen kann und „dieses Recht ein wesentliches Element parlamentarischer Kontrolle ist“. So die Diktion auf der Homepage der Parlamentsdirektion.

Die Realität allerdings wird diesem hohen Anspruch bei Weitem nicht gerecht. Dem interessierten Beobachter wird eher ein gegenteiliges Bild präsentiert. Da wird über Aktenlieferungen gestritten, da wird FPÖ-Obmann Herbert Kickl einer Ladung nicht nachkommen, weil er einen Urlaub in den Bergen gebucht hat. Da verweigern Auskunftspersonen jegliche Antworten, um nur ja nicht danach mit einer Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft konfrontiert zu sein. Da hinkt das Ergebnis fast immer dem politischen Spektakel, das inszeniert wird, hinterher.

Werner Zögernitz, einer der profunden Kenner des Parlamentarismus in Österreich, benennt ganz

klar die Gefahr, in die das Instrument „U-Ausschuss“ derzeit schlittert. Ähnlich wie die Dringliche Anfrage im Nationalrat oder die Misstrauensanträge gegen Minister ihre Wirksamkeit verloren haben, weil sie zu inflationär verwendet werden. Zögernitz zum KURIER: „Wenn man sich nicht neue Aufgaben, wenn man nicht einen neuen Stil setzt, wird der U-Ausschuss kaputt gehen. Leider.“

Brisante Akten

Der jüngste Konflikt ist jener um Akten aus den Ermittlungen des mutmaßlichen Spions Egisto Ott, der seit Karfreitag inhaftiert ist. Beim Innenministerium wurde um Unterlagen für den U-Ausschuss zum „rotblauen Machtmissbrauch“ angefragt und die werden auch geliefert. Obwohl es aus dem Justizministerium heftige Bedenken und Interventionen dagegen gegeben haben soll. Andreas Hanger, ÖVP-Fraktionsführer im U-Ausschuss, sieht das Innenressort sogar in der Pflicht, dem Ansinnen nachzukommen: „Die aktentliefernde Stelle ist gesetzlich verpflichtet, alle Akten und Unterlagen an das Parlament zu liefern, welche abstrakt-relevant für den Untersuchungsgegenstand sind. Und die en-

gen Verbindungen der FPÖ zum mutmaßlichen Russlandspon Egisto Ott sind mehr als relevant.“ Die Definition „abstrakt-relevant“ fußt auf einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs. Damit wurde höchsttrichterlich für Aktenlieferungen ein weites Tor aufgemacht.

Die FPÖ wettet gegen diese Aktenlieferung und wird deswegen sogar den Nationalen Sicherheitsrat einschalten. Christian Hafenecker, FPÖ-Fraktionsführer im U-Ausschuss, stellte sogar in den Raum, dass wegen dieser Aktenlieferung Menschen sterben könnten. Hafenecker: „Hier geht es nur noch um eines, nämlich um Wahlkampfmunition. Und wenn von dieser Munition, wie das Justizministerium ganz offensichtlich befürchtet, der eine oder andere erschossen wird, dann ist das ein Kollateralschaden, den die ÖVP eiskalt in Kauf nimmt.“

Was wiederum Hanger empört: „Bei der FPÖ regiert scheinbar die blanke Panik angesichts der Lieferung von Akten aus dem Innenministerium an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum rotblauen Machtmissbrauch.“ Er weist darauf, dass es im U-Ausschuss Regeln für sensible Informationen gebe. Das Innenministerium

Fakten

U-Ausschüsse

Untersuchungsausschüsse im Nationalrat sind spezielle Ausschüsse, die zur Überprüfung der Arbeit der Bundesregierung eingesetzt werden können. Überprüft werden die Tätigkeiten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder. Die Untersuchungsgegenstände sind abgeschlossene Vorgänge im Bereich der Vollziehung des Bundes.

Bis 2014 war es das Recht der Mehrheit im Parlament, einen U-Ausschuss einzusetzen. Seither ist es ein Minderheitenrecht, wobei ein Viertel der Abgeordneten reicht, um eine Einsetzung zu beschließen

jedenfalls wird liefern, wie aus der Herrengasse verlautet wurde: „Die Aktenlieferungen zu den angeforderten Personalakten wurden seitens des BMI heute begonnen. Hinsichtlich der Disziplinarakten erfolgt zu Inhalten aus strafprozessualen Ermittlungsverfahren eine enge Abstimmung mit der aktführenden Staatsanwaltschaft.“

Herbert Kickl auf Urlaub

Ein weiterer U-Ausschuss-Aufreger war diese Woche die Absage von FPÖ-Chef Herbert Kickl wegen eines Urlaubs in den Bergen. Laut Christian Hafenecker sei alles gemäß der Geschäftsordnung passiert. Die ÖVP sieht darin eine Verhöhnung des U-Ausschusses und bietet nun weitere Termine für eine Ladung von Herbert Kickl an.

Selbst wenn er dann kommt, wird das Bild, das die U-Ausschüsse in der Öffentlichkeit bilden, nicht besser. Im Hintergrund wird deswegen schon daran gearbeitet, dass die Rahmenbedingungen für die U-Ausschüsse überarbeitet werden. Ein wichtiger Schritt sollte ja sein, dass die Befragungen live übertragen werden. Dem hatten zwar alle Parteien zugestimmt. Umgesetzt werden konnte es bisher dennoch nicht.